

KURZ UND PRÄGNANT

Zum Tarifabschluss im Gaststättengewerbe

„Eine Steigerung um 6,25 Prozent ist ein hervorragendes Ergebnis“, so der gewerkschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion, Rainer Kräuter, zum Tarifabschluss der Gewerkschaft NGG (Nahrung-Genuss-Gaststätten) im Hotel- und Gaststättengewerbe. „Schade finde ich hingegen, dass die Arbeitgeber nicht schon seit längerer Zeit ein Einsehen haben, dass mit den Gehältern in dieser Branche, und auch mit den Ausbildungsentgelten, die Beliebtheit der entsprechenden Berufe stetig sinkt. Bei Sonn- und Feiertagsarbeit, Schichten in der Nacht und oftmals dann, wenn andere frei haben, muss wenigstens die Entlohnung stimmen. Zur Fachkraftsicherung und -neugewinnung trägt es schließlich nicht bei, wenn die ortsübliche Entlohnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Hotels und Gaststätten ohne Tarifbindung weit unter dem Tarifergebnis liegt. Daher muss es zum einen im Interesse der Arbeitgeber liegen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch gut von ihrer Hände Arbeit leben können und zum anderen müssen sich noch mehr Kolleginnen und Kollegen organisieren, um der Gewerkschaft mehr Kraft für künftige Arbeitskämpfe zu verleihen.“ ■

Schwerwiegende Folgen für das Ökosystem

Studie zur Wirkung von Kaliabwässern auf die Entwicklung der Arten in der Werra

Die vom Kali-Unternehmen K+S in die Werra eingeleiteten Kalilaugen sowie die Austritte aus der Verpressung der Abwässer haben schwerwiegende Folgen auf die Reproduktion der hier noch vorkommenden Fische. Die Widerstandsfähigkeit des gesamten Ökosystems ist herabgesetzt. So das Ergebnis der wissenschaftlichen Arbeit von Marit Wagler vom Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei Berlin-Friedrichshagen (IGB) zur Wirkung aktueller und möglicher künftiger Grenzwerte für Kaliabwässer auf die Entwicklung der Arten.

Bei einem Pressegespräch am 11. Mai mit der Doktorandin hatte Tilo Kummer, Umweltpolitiker der Linksfraktion, betont, dass damit erstmals überhaupt fundierte Daten vorliegen. Laut der Studie führen die in die Werra geleiteten Abwässer bei bis zu 60 Prozent der Fischbrut zu Deformationen. Tilo Kummer hatte daher erneut gefordert, dass die Verpress- und Einleitpraxis von Kali+Salz sofort beendet werden muss.

Reinhard Karol vom Verband für Angeln und Naturschutz Thüringen informierte, darüber, dass der Verband zusammen mit dem BUND Thüringen jetzt Strafanzeige wegen der Verpressung

von Kalilauge gegen Vertreter des K+S Konzerns und des Regierungspräsidiums Kassel gestellt hat.

Nach Angaben der Verbände bestehe der Verdacht einer Straftat wegen Gewässerverunreinigung. „Wir befürchten, dass die Laugenverpressung längst zu irreparablen Schäden in Grund- und Trinkwasservorkommen geführt hat“, so



Dr. Burkhard Vogel, Landesgeschäftsführer des BUND Thüringen. „Die Fortsetzung der Versenkung ist nicht mehr zu verantworten.“

Nach Angaben des BUND Thüringen bricht an vielen Stellen Salzabwasser und durch die Verpressung verdrängtes

salzhaltiges Formationswasser aus dem Untergrund bis in oberflächennahe Grundwasserkörper durch.

Die K+S Kali GmbH gebe selbst im Rahmen der Eigenüberwachung der Salzabwasserversenkung 56 Messstellen an, welche eine Beeinträchtigung des Grundwassers durch Salzabwässer zeigten. Im aktuellen Genehmigungszeitraum seien schätzungsweise 11 Millionen Kubikmeter Salzabwasser in den Buntsandstein gelangt.

„Wenn die zuständigen Behörden des Regierungspräsidiums Kassel die Versenkung nicht stoppen, müssen wir eben die Staatsanwaltschaften einschalten“, erklärte Reinhard Karol und verwies darauf, dass die bisherige Versenkerlaubnis an die Auflage gebunden

war, die Unbedenklichkeit der Salzabwasserverpressung für Grund- und Trinkwasser nachzuweisen. Obwohl diese bis heute nicht vorliege, habe das Regierungspräsidium Kassel die Versenkerlaubnis nicht widerrufen. ■

„Du sollst nicht über mein Leben bestimmen“

Am 5. Mai fand der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung statt, zu dem auch in Thüringen Stimmen der Betroffenen und Unterstützer laut wurden.

So luden in Weimar die Kreisorganisation Weimar-Apolda-Sömmerda des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Thüringen e.V. zum Beisammensein ein. Unter dem Motto „#begegnet_in Weimar Atrium“ fanden organisierte Aktivitäten, z.B. eine Tour zu den barrierefreien Angeboten der Stadt, Begegnungen von Menschen mit und ohne Behinderungen statt. Denn es gilt heute mehr denn je, miteinander statt übereinander zu reden.

Auch die LINKE-Abgeordnete Karola Stange und die Ministerin Heike Werner begleiteten diesen Tag und begrüßten u.a. das Außerparlamentarische Bündnis für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Thüringer Landtag. In einem offenen Gespräch konnten vor allem Betroffene zu Wort kommen und ihre Sicht schildern.

Anlässlich des Protesttages organisierten sich zudem Demonstrierende in Erfurt und machten auch am Landtag halt. Hier überreichten sie sieben Gebote an die Teilnehmer des Außerparlamentarischen Bündnisses im Landtag, wie die Forderung: „Du sollst

nicht über mein Leben bestimmen. Das kann ich selbst“ (siehe Foto). Über die aktuelle Lage herrschte an diesem Tag Konsens: Meilensteine wie die UN-Behindertenrechtskonvention setzen zwar ein wichtiges Signal, doch es gilt, Worte in Taten umzusetzen! Denn laut

dem Statistischen Bundesamt wächst die Zahl der Betroffenen. Zwischen 2009 und 2013 ist in Deutschland die Zahl der Menschen mit Behinderungen von neun auf 13 Prozent gestiegen.

Auch in Thüringen ist dieser Trend zu beobachten, noch immer ist Thüringen aber Schlusslicht bei der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Maßstab für den Stand der Gleichstellung von Menschen mit Behinderung bildet die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Seit dem 26. März 2009 ist das UN-Übereinkommen in Deutschland in Kraft. In den 50 Artikeln der Schrift

werden Themen, wie Barrierefreiheit, Bildung, Arbeit und Gesundheit, aufgearbeitet. Ziel ist es, Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben zu ermöglichen.

Dazu gehört es auch, Aufklärungsarbeit voranzutreiben, denn bestehende



Vorurteile und alltägliche Diskriminierung müssen überwunden werden. Dies ist auch Aufgabe der Landespolitik. Im Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün (2014) wurde dies bereits aufgegriffen:

„Die UN-Behindertenkonvention hat zu einem Neuanfang im Umgang mit Menschen mit Behinderungen geführt. In Umsetzung der Konvention will die Koalition materielle und ideelle Barrie-

ren abbauen und allen Menschen mit Behinderungen ein gleichberechtigtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.“ Nicht zuletzt deswegen soll das Behindertengleichstellungsge- setz novelliert werden.

In den Gesprächen mit dem Außerparlamentarischen Bündnis und den Betroffenen wurde zudem sehr deutlich: Das Berufsleben stellt einen wesentlichen Teil zur Selbstbestimmung dar. Um daher die tatsächliche Gleichstellung voranzutreiben, ist im Koalitionsvertrag auch ein Budget für Arbeit eingeplant. Neben der Beschäftigung in Thüringer Werkstätten sollen zudem mehr berufliche Alternativen für Menschen mit Behinderung geschaffen werden, damit wird einem längst überfälligen Bedarf nachgekommen.

Die Liste der Herausforderungen ist lang, so gilt es z.B. auch, die Partizipation an politischen Prozessen zu fördern. Ein Angebot von GebärdendolmetscherInnen im Landtag in den Plenarsitzungen wird daher von der Partei DIE LINKE gefordert.

Der Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung verdeutlichte wiederholt die vielen Veränderungspotentiale in der Behindertenpolitik. Eine sozial gerechte und vor allem selbstbestimmte Politik für Menschen mit Behinderungen ist höchstes Ziel und gilt in der Zukunft noch besser umgesetzt zu werden!

Katja Maurer
Fotos (2): Peter Lahn ■